

## INTERVIEW

### **Sahra Wagenknecht: «In einer Demokratie muss man zur Grundlage nehmen, was die Menschen wollen, und nicht, was einige hippe Weltbürger schön finden»**

Identitätspolitik hält sie für kontraproduktiv, offene Grenzen für gefährlich und den Nationalstaat für unentbehrlich. Mit ihrem neuen Buch schreckt die deutsche Linken-Politikerin ihre Parteikollegen auf. Sie richte ihre Überzeugung nicht danach aus, was ihr Umfeld von ihr erwarte, sagt Wagenknecht im Gespräch.

Hansjörg Friedrich Müller, Berlin

75 Kommentare →

14.04.2021, 05.30 Uhr



«Debatten über Denk- und Sprachverbote gehen an den Bedürfnissen der Menschen vorbei»: Sahra Wagenknecht, hier im November 2019 in Berlin.

Christian Spicker / Imago

**Frau Wagenknecht, unter Ihren Parteikollegen hat Ihr neues Buch schon vor seiner Veröffentlichung einigen Widerspruch ausgelöst. Einer sprach von einer «Generalabrechnung» mit der Linkspartei, andere forderten, Sie sollten auf eine erneute Bundestagskandidatur verzichten. Haben Sie diese Reaktionen erwartet oder vielleicht sogar erhofft, um eine Debatte anzustossen?**

Wenn man ein Buch schreibt, wünscht man sich natürlich konstruktive Diskussionen. Allerdings wurde bisher kaum über den wirklichen Inhalt meines Buchs geredet, das ja erst jetzt erscheint. Es war eine Debatte über Zitate, die aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Diese Diskussion wurde instrumentell geführt, um meine Wiederaufstellung als Kandidatin für den Bundestag zu verhindern.

**Letzteres misslang: Am Wochenende wurden Sie von 60 Prozent der Delegierten zur Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen gewählt. Ist Ihre Partei gespalten?**

Unterschiedliche Flügel gibt es in allen Parteien, und zu den Fragen, die ich in meinem Buch anspreche, gibt es auch in allen anderen Parteien des linken Spektrums entsprechende Diskussionen, zuletzt etwa in der SPD über den Artikel von Wolfgang Thierse, der ebenfalls über Identitätspolitik und Cancel-Culture klagt. Ich hoffe, dass es irgendwann gelingt, diese Debatte weniger mit Emotionen als mit Argumenten zu führen.

**Einige Passagen Ihres Buches wirken allerdings, als wollten Sie offene Rechnungen begleichen. Ihren Parteikollegen Bernd Riexinger nennen Sie den früheren Chef einer linken deutschen Partei, dessen Name zu Recht vergessen sei. Helfen Sie damit Ihren Anliegen?**

Sein Name kommt in meinem Buch ja gar nicht vor . . .

**Dass Sie ihn nicht beim Namen nennen, ist auch ein Urteil über ihn.**

Es geht mir nicht primär um meine Partei, sondern um die Schwäche der gesellschaftlichen Linken. Es muss doch jeden Linken umtreiben, dass Sozialdemokraten und Linkspartei zusammen kaum noch auf 25 Prozent der Stimmen kommen, und das, obwohl sich eine Mehrheit der Bevölkerung mehr sozialen Ausgleich wünscht und das Ansehen der Union nach ihrem katastrophalen Krisenmanagement und ihrer endlosen Kandidatendebatte so lädiert ist wie lange nicht mehr. Wer sich da nicht fragt, was wir falsch machen, ist wirklich selbstgerecht.

**Und was läuft falsch?**

Die linken Parteien verlieren mehr und mehr aus den Augen, für wen sie

eigentlich da sein müssen. Wir sind keine Interessenvertretung gutsituierter Grossstadt-Akademiker, sondern müssen uns vor allem für die einsetzen, die sonst keine Stimme haben: die in schlecht bezahlten Service-Jobs arbeiten, oder auch für die klassische Mittelschicht, etwa Handwerker und Facharbeiter, die oft keinen akademischen Abschluss haben. Debatten über Denk- und Sprachverbote gehen an den Bedürfnissen der Menschen vorbei.

**Sie schreiben, die linksliberale Erzählung sei nichts als eine aufgehübschte Neuverpackung der Botschaften des Neoliberalismus. Führte ein Bündnis von Neoliberalen und Linksliberalen zum Rechtspopulismus?**

So könnte man das zusammenfassen, ja. In der Sozialdemokratie wurden Politiker wie Gerhard Schröder und Tony Blair stark, die den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft weiter zerstörten und sie in Richtung einer entfesselten Marktgesellschaft veränderten. Gleichzeitig begann der moderne Linksliberalismus sich durchzusetzen. Im Namen des Letzteren schuf man Stellen für Antidiskriminierungs- oder Frauenbeauftragte, während gleichzeitig ein riesiger Niedriglohnsektor entstand, in den vor allem Frauen und die Nachfahren von Einwanderern abgedrängt wurden.

**Die sogenannte Identitätspolitik ist Ihnen ein Dorn im Auge. Diese, so schreiben Sie, widme sich immer kleineren, immer skurrileren Minderheiten. Das brachte Ihnen den Vorwurf ein, Sie hielten den Kampf um Minderheitenrechte für einen linksliberalen Spleen.**

Wer Identitätspolitik betreibt, kämpft nicht für Minderheitenrechte im Sinne von Gleichberechtigung. Natürlich darf niemand aufgrund seiner Herkunft, seiner Religion oder seiner sexuellen Orientierung benachteiligt werden, das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber die Identitätspolitik will nicht Gleichheit, sondern Ungleichheit, sie bläst die Unterschiede zwischen Ethnien oder sexuellen Orientierungen zu bombastischen Gegensätzen auf. Der Bürgerrechtsbewegung in den USA etwa ging es darum, dass die

Hautfarbe keine Rolle mehr spielen sollte. In den identitätspolitischen Debatten ist sie dagegen das Unterscheidungsmerkmal, von dem abhängt, wer was sagen oder tun darf.

**Manches, was Sie schreiben, lädt zu Missverständnissen ein: «Allem, was nach linksliberalem Verständnis rechts ist, wird der Kampf angesagt:**

**Nationalismus, Rückwärtsgewandtheit, Provinzialität, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Islamophobie», heisst es in Ihrem Buch. Wer kann ernsthaft etwas dagegen haben, diese Phänomene zu bekämpfen?**

Das Problem ist doch, was heute unter diesen Begriffen verstanden wird. Wer den radikalen politischen Islam kritisiert, wird ganz schnell für islamophob erklärt. Aber jeder fortschrittliche Mensch muss doch diese reaktionäre Strömung im Islam bekämpfen, die den Hass auf die westliche Lebensart, auf Gleichberechtigung oder Homosexuelle predigt. Oder nehmen Sie den Rassismus: Es ist doch eine Verharmlosung von echtem Rassismus, wenn man jemanden, der nicht alle Feinheiten der «woken» Sprachregulierung beherrscht, als Rassisten diffamiert.

**Sie verteidigen auch Jörg Meuthen, den Chef der AfD: Wenn man einen wirtschaftsliberalen Professor einen Nazi nenne, als was wolle man dann Björn Höcke bezeichnen, fragen Sie. Andererseits scheint Meuthen kein grosses Problem damit zu haben, mit einem wie Höcke in einer Partei zu sein. Sollten Linke dennoch mit Teilen der AfD das Gespräch suchen?**

Es geht mir nicht darum, das Gespräch zu suchen, sondern vor dem inflationären Gebrauch des Begriffs «Nazi» zu warnen. Björn Höcke ist für mich einer. Wer Meuthen und andere mit ihm über einen Kamm schert, trägt dazu bei, dass die echten Nazis ihren Schrecken verlieren. Ich teile die meisten Dinge nicht, die Meuthen vertritt, aber ihm zu unterstellen, er arbeite an der Machtergreifung eines neuen Hitler, macht die eigene Argumentation nicht glaubwürdiger.

**Die Achtundsechziger kritisieren Sie scharf: Diese seien «wohlhabende Bürgerkinder», die den Leistungsgedanken verächtlich gemacht hätten. Manchmal dachte ich bei der Lektüre Ihres Buches, eigentlich wollten Sie zurück zur SPD des Helmut Schmidt.**

Natürlich waren nicht alle Achtundsechziger wohlhabende Bürgerkinder, aber auf wichtige Meinungsführer der damaligen Zeit trifft das zu. Die SPD Willy Brandts oder Helmut Schmidts erreichte noch sehr grosse Teile der Bevölkerung. Damals waren Reformen noch soziale Verbesserungen, nicht wie unter Schröder eine Chiffre für Sozialabbau. Natürlich würde ich mir wünschen, dass die SPD bei ihrem damaligen Programm geblieben wäre, dann wäre sie sehr viel stärker, und wir hätten einen wichtigen Bündnispartner.

**Die SPD, die Sie beschreiben, gibt es doch gar nicht mehr. Spätestens mit der Wahl ihrer neuen Chefs Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans wandte sie sich vom Schröder-Kurs ab und rückte wieder nach links.**

Das stimmt, zumindest verbal, doch in der Regierung konnte sie davon wenig umsetzen. Und bemerkenswert ist doch, dass sie trotzdem nicht stärker wird. Einerseits hat sie mittlerweile viel Glaubwürdigkeit verloren und hat mit Olaf Scholz ausgerechnet einen Kanzlerkandidaten, der wie kaum ein anderer für die grosse Koalition steht. Andererseits liegt vor allem Saskia Esken voll auf der Welle des modernen identitätspolitischen Linksliberalismus. Beides hält die Wähler auf Distanz.

**Einer Ihrer Hauptgegner scheinen die Grünen zu sein. Sie stehen für alles, was Sie in Ihrem Buch kritisieren.**

Mein Hauptgegner sind natürlich rechte Parteien, nicht die Grünen. Die Grünen vertreten ein bestimmtes Milieu, die neue akademische Mittelschicht. Damit sind sie sehr erfolgreich. Die Frage ist nur, ob die linken Parteien, also die SPD und wir, mit den Grünen um diese sozial gut

abgesicherte Klientel kämpfen oder ob wir uns nicht lieber um diejenigen kümmern sollten, die um ihr bisschen Wohlstand viel härter kämpfen müssen oder nie welchen erreichen.

**Wie sehen Sie Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler, die neuen Chefinnen Ihrer Partei? Sind sie auch Vertreterinnen jener Lifestyle-Linken, deren Dominanz Sie beklagen?**

Ich bin froh, dass wir seit Februar eine neue Parteispitze haben. Jetzt geht es darum, wie wir es schaffen, gemeinsam eine Politik zu machen, mit der die Linke ihr Potenzial wieder besser erreicht.

**Dafür brauchen Sie auch die richtigen Leute an der Spitze.**

Sicher, aber die beiden sind noch nicht lange im Amt. Ich hoffe, dass wir einen guten Wahlkampf führen können, indem wir die Themen in den Mittelpunkt stellen, die die Menschen wirklich bewegen.

**Sie erwähnten bereits die Corona-Pandemie. Die Lockdown-Politik der deutschen Regierung haben Sie immer wieder kritisiert. Was würden Sie anders machen?**

Es ist traurig, dass wir nach über einem Jahr Pandemie immer noch nicht weiter sind, als über pauschale Lockdowns zu diskutieren. Es gibt in Deutschland kaum eine seriöse Studie darüber, wo wirklich Infektionen stattfinden. Manche Städte haben Joggen eine Maskenpflicht verordnet, obwohl im Freien kaum Infektionen stattfinden. In vollen Bussen und Bahnen und in Lagerhallen oder Grossraumbüros dagegen weit eher. Jetzt soll eine Inzidenz von 100 zum absoluten Massstab gemacht werden. Eine völlig willkürliche Zahl, die von der Menge der Tests abhängt. Ausserdem ist es ein Riesenunterschied, ob sich 100 Ungeimpfte in einem Pflegeheim infizieren oder 100 junge Leute, die womöglich gar nichts davon merken. Es

ist natürlich ein Drama, dass das Impfen so langsam vorankommt, aber zumindest die über 80-Jährigen sind mittlerweile zu grossen Teilen geimpft. Und die meisten Corona-Opfer waren über 80.

**Durch die Einführung eines EU-Impfpasses, so haben Sie beklagt, würde Druck auf die Bürger ausgeübt, sich impfen zu lassen. Stattdessen müsse man Ängste vor den Nebenwirkungen der Impfstoffe ernster nehmen. Wie weit geht Ihr Verständnis für Impfgegner? Viele Wortmeldungen, die aus dieser Gruppe zu hören sind, sind doch offensichtlich irrational.**

Eine Grenze ist da überschritten, wo Fake-News verbreitet werden, also Horrormeldungen über Impfstoffe, für die es keine wissenschaftliche Grundlage gibt. Ich bin heilfroh, dass wir die Impfung haben. Wenn man Risiko und Nutzen abwägt, ist sie für ältere Menschen ein Segen. Wenn man aber jung und relativ gesund ist, dann ist das Risiko, ernsthaft an Corona zu erkranken oder zu sterben, nach allem, was wir wissen, nicht grösser als bei der Grippe. Zudem fällt ein Aspekt weg: Anders als etwa bei Masern ist es bei Covid-19 nicht so, dass Geimpfte die Krankheit nicht weiter übertragen können. Es gibt also aus Sicht der Gesellschaft keinen Grund, Druck auszuüben. Jeder sollte selbst entscheiden, ob er sich impfen lässt.

**Die EU machte bei der Beschaffung von Impfstoffen keine gute Figur. Fühlen Sie sich dadurch bestätigt? In Ihrem Buch äussern Sie Sympathien für den Nationalstaat.**

Es geht hier gar nicht um Sympathien, sondern darum, wer handlungsfähig ist. Viele in Deutschland würden sich derzeit wünschen, wir hätten eine Impfstrategie wie Grossbritannien oder die USA gehabt. In England öffnen jetzt die Pubs, während wir über den nächsten Lockdown diskutieren. Im Nachhinein hat es sich eindeutig nicht bewährt, der EU das Impfstoff-Management zu übertragen. In unserer heutigen Welt ist der Nationalstaat als Handlungsinstrument ebenso wenig ersetzbar wie als Instrument des sozialen Ausgleichs. Eine grosse Mehrheit der Deutschen fühlt sich zwar



auch als Europäer, aber eben doch weit stärker als Bürger ihres Landes. Die Bereitschaft, grössere soziale Transfers von Nord nach Süd oder von West nach Ost zu akzeptieren, ist nicht da. In einer Demokratie muss man doch zur Grundlage nehmen, was die Menschen wollen, und nicht, was einige hippe Weltbürger schön finden.

**Gemessen an der traditionellen, internationalistischen Position der Linken wirkt das fast schon wie eine Kapitulationserklärung.**

Das sehe ich überhaupt nicht so. Offene Grenzen für alle, das ist nicht Solidarität. Wir sehen das in Europa zum Beispiel bei den Pflegekräften. In Osteuropa liegen die Gesundheitssysteme am Boden, weil fast alle Pflegekräfte in Deutschland oder anderen westeuropäischen Ländern arbeiten. Echte Solidarität mit den Armen ist notwendig, aber das würde bedeuten, dass wir eine andere Welthandelspolitik machen oder dass wir die Menschen in vergessenen Flüchtlingslagern in Kenya, in Libanon oder Jordanien besser versorgen, aber nicht, dass sich jeder seinen Wohnsitz aussuchen kann. Das sind völlig unrealistische Forderungen.

**Frau Wagenknecht, Sie waren zeitlebens eine Dissidentin: In der DDR sagte man Ihnen, sie sollten sich erst einmal in ein Kollektiv einordnen, nach der Wende gehörten Sie der Kommunistischen Plattform und damit dem linken Flügel der damaligen PDS an, jetzt befinden Sie sich am rechten Flügel Ihrer Partei. Ist Konsens für Sie ein Greuel?**

Natürlich freue auch ich mich mehr über Zuspruch als über Widerspruch. Aber ich richte meine Überzeugung nicht danach aus, was das Umfeld gerade von mir erwartet. Ich stehe auch nicht am rechten Rand meiner Partei. Ich möchte, dass die Linke stärker wird.

**2004, in einem Gespräch mit Günter Gaus im TV-Sender Sat 1, beklagten Sie das Niveau deutscher Debatten, die Sie damals als öde empfanden. Sehen Sie das immer noch so?**

Öde würde ich vielleicht nicht mehr sagen, ich empfinde die heutigen Debatten eher als aggressiv und intolerant. Es wird ja immer gesagt, die Rechte sei illiberal, und das ist auch so. Aber das Schlimme ist, dass mittlerweile auch linke Debatten von einer extremen Intoleranz geprägt sind, und das tut uns allen nicht gut.

**Auf Gaus' Frage, wie Sie sich entspannten, antworteten Sie damals, durch Wandern und Lesen. In Zeiten von Kämpfen und Intrigen sei es hilfreich, sich mit Shakespeare zu beschäftigen. Lesen Sie derzeit Shakespeare?**

Vielleicht sollte ich das wieder einmal machen. Ich lese tatsächlich sehr gerne Klassiker, auch Goethe oder Thomas Mann. Oft hilft es, wenn man ältere Autoren liest: Bestimmte menschliche Eigenschaften und Konflikte gibt es seit Jahrhunderten, auch wenn sie uns in immer neuen Formen begegnen. Die Beschäftigung mit Literatur gibt einem einen gewissen Abstand zu den aktuellen Debatten, der sehr hilfreich sein kann.

## Unruhestifterin



*hmü.* · Bequem hat es sich Sahra Wagenknecht nie gemacht: In der DDR durfte sie nicht studieren, weil sie die vormilitärische Ausbildung für Schüler ablehnte. Dennoch trat sie 1989, wenige Monate vor dem Ende des real existierenden Sozialismus, in die SED ein. Nach der Wende engagierte sie sich in der Kommunistischen Plattform und gehörte damit zum linken Flügel der SED-Nachfolgepartei PDS. Seit sie die Migrationspolitik der deutschen Kanzlerin kritisiert, rücken manche ihrer Parteikollegen die 51-Jährige in die rechte Ecke. 2019 trat Wagenknecht als Fraktionschefin der Linkspartei im Bundestag wegen eines Burnouts zurück. Konflikte mit den damaligen Parteichefs Katja Kipping und Bernd Riexinger waren dem Entscheid vorausgegangen. Nun sorgt die promovierte Volkswirtin erneut für Unruhe unter ihren Genossen: Dieser Tage erscheint ihr neues Buch. Sein Titel: «Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt» (Campus-Verlag, Frankfurt am Main 2021. 345 S., zirka Fr. 35.-).

---

*Sie können dem Deutschland-Korrespondenten Hansjörg Friedrich Müller auf Twitter folgen.*

## 75 Kommentare

Gerhard Pflug vor etwa 14 Stunden

Frau Wagenknecht wird zwar der Linken zugeordnet, ihre Positionen können aber in allen politischen Lagern gefunden werden. Es sind Standpunkte, die durch waches Beobachten offensichtlich sind, aber nur dann, wenn man die Ideologiebrille absetzt. Daran krankt dieses Land. Es werden keine Entscheidungen mehr aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse oder wenigstens gesundem Menschenverstand getroffen, sondern aufgrund von Ismen. Es ist gleichgültig, wohin man schaut. Sei es die einseitige Ausrichtung auf Elektromobilität und Wärmepumpenheizung bei gleichzeitiger Reduzierung der sicheren Stromerzeuger oder die Propagierung einer "bunten Gesellschaft" obwohl dabei nichts als Parallelgesellschaften herauskommen. Die Ära Merkel mit ihrer "Aussitzkultur" liegt

wie eine Schicht Schleim über dem Land. Deutlich wird das auch in der gegenwärtigen Diskussion um die K-Frage. Eigentlich ist es das normalste von der Welt, dass mehrere Bewerber antreten und dann aufgrund von Argumenten ausgewählt wird. Nicht so bei uns! Wenn man das Staatsfernsehen und die Mainstreampresse ansieht, ist vorwiegend von Beschädigung und schädlichem Zwist die Rede. Wagenknechts Aussagen haben m.E. nichts mit links oder rechts zu tun. Sie sind ein Aufruf zurück zu einer offenen Demokratie.

[110 Empfehlungen](#)

---

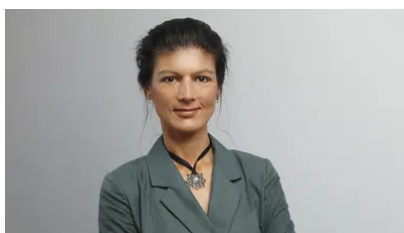
**Rolf karnbrock** vor etwa 13 Stunden

Was unterscheidet Frau Wagenknecht von den meisten deutschen Politikern ? Sie ist intelligent, hat eine eigene Meinung, und steht dazu. Davon können wir bei den Knechten und Mägden der " Volksparteien" nur träumen:-)

[93 Empfehlungen](#)

Alle Kommentare anzeigen

## Mehr zum Thema



### Mit Wagenknechts Rückzug verliert die Linke ihre einprägsamste Figur

Sahra Wagenknecht polarisierte die Partei, aber sie war auch eine feste Marke. Nun zieht sie sich aus der ersten Reihe zurück. Am Dienstag haben die Linken mit Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali eine neue Fraktionsspitze gewählt.

Anja Stehle, Berlin 12.11.2019



#### INTERVIEW

### Oskar Lafontaine: «Wir haben es mit einer Identitätspolitik zu tun, die autoritäre Züge annimmt. Man will anderen vorschreiben, was sie zu sagen haben»

Während jüngere Parteikollegen über geschlechtergerechte Sprache diskutieren, hält der deutsche Linken-Politiker Oskar Lafontaine unbeirrt am Materialismus fest: Löhne, Renten und Sozialleistungen müssten im Zentrum linker Politik stehen. Für seine frühere Partei, die SPD, sieht Lafontaine wenig Hoffnung.

Hansjörg Friedrich Müller, Saarbrücken 10.10.2020



### Wie rechts ist Sahra Wagenknechts linke Bewegung?

Die Fraktionschefin der deutschen Linkspartei präsentiert ihre Initiative «Aufstehen» vor Pressevertretern. Sie will damit Wähler zurückgewinnen, nicht zuletzt auch von rechts. Lob kommt ausgerechnet vom AfD-Fraktionschef Alexander Gauland.

Hansjörg Friedrich Müller, Berlin 04.09.2018



---

## **Sahra Wagenknecht kündigt ihren Rückzug aus der ersten Reihe der deutschen Politik an**

Sahra Wagenknecht will im Herbst nicht wieder für den Fraktionsvorsitz der deutschen Linkspartei kandidieren. Es ist der zweite Rückzug innert weniger Tage.

Hansjörg Friedrich Müller, Berlin 11.03.2019



---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.